

Pensionskasse: Der Kanton muss sich bezüglich des Personals exemplarisch zeigen

Medienmitteilung

14. Juni 2018

Die PKSPF hat heute verschiedene Optionen für eine Revision ihres Vorsorgeplans vorgestellt, damit die Finanzierung auch in Zukunft gewährleistet ist. Die FEDE erwartet vom Kanton, dass dieser die Situation umgehend und mit grosser Sorgfalt prüft und damit seine Verantwortung gegenüber seinem Personal wahrnimmt.

Die FEDE und ihre Mitgliedverbände waren auf weitere Schwierigkeiten bei der Pensionskasse der Staatsangestellten von Freiburg vorbereitet gewesen. Dennoch hat die Höhe der auf dem Spiel stehenden Beträge für Stirnrünzeln gesorgt: Sage und schreibe zusätzliche 1,8 Milliarden müssen in die Pensionskasse einfließen, um die Leistungen auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten. Diese Neuigkeit ist um so frappierender, als das Personal bereits vor Kurzem Beitragserhöhungen genehmigt hat.

Die heutige Präsentation hat keinen Zweifel daran gelassen, dass sich die Leistungen für das Personal in Zukunft verschlechtern werden. Es liegt nun am Kanton, mit gutem Beispiel voranzugehen, um den Schaden zu begrenzen.

Der Staat muss die Pensionskasse rekaptalisieren, und wir erwarten von ihm, dass er seine Verantwortlichkeiten wahrnimmt.

Die FEDE nimmt zur Kenntnis, dass die Pensionskasse angesichts einer verringerten Leistungserwartung, einer höheren Lebenserwartung, einer Verschlechterung des Verhältnisses Aktive-Rentner sowie der bestehenden rechtlichen Einschränkungen keine Wahl hatte: Der Vorsorgeplan musste revidiert werden. Auch ein Primatwechsel

musste evaluiert werden. Ein Beitragsprimat geht hingegen zulasten der Mitarbeitenden, so viel steht schon einmal fest. Eine Rentenverringering ist nur schwerlich zu vermeiden.

Die Generation der 40-50-Jährigen ist davon noch stärker betroffen – diese könnten in Extremfällen Einbussen von bis zu 30 % einstecken. Im gegenwärtigen System bezahlen die Mitarbeitenden «zu viel», wenn sie jung sind, und dieses «Zuviel» wird dann später in ihrer Laufbahn ausgeglichen. Ein Primatwechsel würde dieses Gleichgewicht jedoch aus dem Lot bringen. Es kommt nicht in Frage, dass eine ganze Generation geopfert wird.

Ein Primatwechsel kann daher nur akzeptiert werden, wenn gangbare Lösungen für alle Kategorien gefunden werden, und nur eine exemplarische Rolle des Staates gegenüber seinem Personal kann dies sicherstellen. Der Staat muss hier investieren, ohne mit der Wimper zu zucken. Es muss in dieser Zusammenfassung auch daran erinnert werden, dass der Freiburger Staat im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen seine Pensionskasse bisher noch nie rekaptalisieren musste.

Angesichts der Komplexität des Dossiers ist die Planungsphase bei einer Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2020 viel zu knapp bemessen. Der Staat muss sich diesem Dossier umgehend annehmen, ohne es jedoch auf die Schnelle abzuheften. Eine überstürzte Vorgehensweise wäre in diesem Fall ein grosser Fehler.

Die nächsten Wahlen finden erst im November 2021 statt!